



STELLUNGNAHME zum Antrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.: Verantwortlich:	2020/1081 Dez. 2
Ausweitung des Projekts "Perspektive Ausbildung - Berufliche Integration von Geflüchteten bei der Stadtverwaltung Karlsruhe" und Verstetigung als dauerhafte Maßnahme		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	17.11.2020	26	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung steht einer Verstetigung positiv gegenüber.

Für das befristete Projekt sind bereits im Haushalt 2021 Personal- und Sachkosten eingestellt. Sie sind auch bereits in der mittelfristigen Finanzplanung bis Ende 2024 eingeplant. Dabei wurde von einer Zahl von drei bis maximal fünf Geflüchteten pro Ausbildungsjahrgang ausgegangen. 2024 ist eine Evaluation vorgesehen.

Die Stadtverwaltung prüft - mit dem Ziel einer Verstetigung - inwieweit die Vorschläge zur Ausweitung der Maßnahmen auf weitere Berufsfelder und auf die besondere Ansprache der Zielgruppe der weiblichen Geflüchteten innerhalb der zur Verfügung stehenden Ressourcen umgesetzt werden können.

Für die Aufnahme einer noch höheren Zahl an Geflüchteten pro Ausbildungsjahrgang stehen keine personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung.

Über den weiteren Verlauf der Maßnahmen zur beruflichen Integration von Geflüchteten über eine Ausbildung wird im Personalausschuss und im Migrationsbeirat berichtet.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	Korridor-thema: Soziale Stadt	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Zu den einzelnen Fragen des Antrages nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung

Zu 1. Der Gemeinderat stimmt einer Weiterführung des Projektes zu.

Zu 3. Die Verwaltung verstetigt das Projekt und stellt die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen dafür zur Verfügung.

Jeder neue Jahrgang an Geflüchteten, der eingestellt wird, bedingt eine Verlängerung des Projektes bis zu deren Ausbildungsabschluss. Die Verwaltung befürwortet daher eine Weiterführung des Projekts „Perspektive Ausbildung - Berufliche Integration von Geflüchteten“. Die Stadt Karlsruhe positioniert sich hierdurch weiterhin als Kommune, die dauerhaft gesellschaftliche Verantwortung übernimmt und einen Beitrag dazu leistet, dass die Integration von Geflüchteten in Deutschland gelingt.

Darüber hinaus bietet die Ausbildung von jungen Menschen mit Fluchthintergrund auch die Chance, dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken und die kulturelle Vielfalt in der Stadtverwaltung zu erhöhen.

Das städtische Projekt zur beruflichen Integration junger Geflüchteter hat sich in den letzten beiden Jahren erfolgreich etabliert und wird von den relevanten Kooperationspartnern, der Ausländerbehörde und den verschiedenen Jugendhilfeangeboten und deren Trägern in Karlsruhe und Umgebung, den Kammern und der Arbeitsagentur als sehr sinn- und wirkungsvolle Maßnahme betrachtet. Die Projektbetreuer beim Personal- und Organisationsamt erhalten regelmäßig Anfragen nach freien Plätzen im Projekt.

Der grundsätzliche Bedarf an Ausbildungsplätzen für Geflüchtete geht dabei nicht unmittelbar mit den sich stetig ändernden globalen Flüchtlingsströmen einher. Nach bisheriger Erfahrung und auch aufgrund vielfältiger Rückmeldungen aus dem Bereich der Karlsruher Flüchtlings- sowie insbesondere der Jugendhilfe wird eine Vielzahl junger Geflüchteter aus der Zeit der Hochphase des Zustroms über die „Balkanroute“ erst in den kommenden Jahren in die berufliche Ausbildung drängen. In den ersten Jahren nach der Ankommensphase findet zunächst eine primär sprachbezogene Integration statt.

Auch im Hinblick auf die aktuelle Situation in den Flüchtlingslagern zum Beispiel in Griechenland ist davon auszugehen, dass der Bedarf an Ausbildungsplätzen langfristig erhalten bleibt, zumal global immer wieder neue Krisenherde entstehen und ein grundsätzlicher Zustrom nach Europa und insbesondere nach Deutschland stets gegeben sein wird. Über die Jahre betrachtet fällt hierbei vor allem eine Altersgruppe auf: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die kurz vor der Volljährigkeit stehen und sich hier in Deutschland eine – vor allem auch berufliche – Zukunft aufbauen wollen.

Das Projekt wird darüber hinaus in der in Arbeit befindlichen Fortschreibung der Karlsruher Internationalisierungsstrategie aus dem Jahr 2012 unter weiteren Themenschwerpunkten als wirkungsvolle Maßnahme benannt. Mit der Fortschreibung soll der städtische Internationalisierungsprozess weiter vorangetrieben und auf aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen reagiert werden.

Die **finanziellen Ressourcen** für die bisher als befristetes Projekt beschlossene Maßnahmen (Personal- und Sachkosten) sind als Projektmittel im Haushalt 2021 (rund 194.000 Euro) und auch in der mittelfristigen Finanzplanung bis Ende 2024 eingeplant. Eine Evaluation ist in 2024 vorgesehen.

2. Die Verwaltung weitet das Ausbildungsangebot um mindestens fünf weitere Geflüchtete im kommenden Ausbildungsjahr aus.

Die Stadt bietet eine Ausbildung oder ein Studium in über 23 Ausbildungsberufen und Studiengängen an in den Bereichen Büro, Technik, Handwerk, Verwaltung und Soziales. Aktuell sind rund 220 junge Menschen in Ausbildung bei der Stadtverwaltung. Sieben davon haben Fluchthintergrund und werden im aktuellen Projekt für Geflüchtete in Ausbildung besonders betreut.

Maximal leistbar für die Projektbetreuer und die Ausbilderinnen und Ausbilder vor Ort ist die Betreuung von drei bis fünf Geflüchteten pro Jahrgang (unter Betrachtung von Synergieeffekten). Diese Zahl ist auch sinnvoll hinsichtlich der gegenseitigen Unterstützung in der Ausbildungsgruppe. Aufgrund der begrenzten Personalressourcen kann diese Zahl nicht überschritten werden.

4. Die Verwaltung prüft die konzeptionelle Weiterentwicklung des Projekts

Mit Blick auf die im Projekt bereits gewonnenen Erkenntnisse werden die vielfältigen Ausbildungsberufe der Stadtverwaltung nochmals auf ihre Eignung hinsichtlich einer Erweiterung des Ausbildungsangebots für Geflüchtete betrachtet.

Zudem wird das Personal- und Organisationsamt in Abstimmung mit den Dienststellen die Ausweitung des Angebots in Zahl und Vielfalt mit dem perspektivischen Fachkräftebedarf abgleichen im Sinne einer strategischen Personalplanung. So ist bereits bekannt, dass sich in ausgewählten Fachberufen wie beispielsweise beim Beruf Feinwerkmechaniker*in mittelfristig neue, ausbildungsrelevante Einsatzgebiete bieten. In Ausbildungsberufen, in denen nur sehr schwierig Auszubildende gewonnen werden können (z. B. Straßenbauer*in) kann über eine verstärkte Ausbildung von Geflüchteten der Fachkräftebedarf gedeckt werden.

Das Angebot der Stadtverwaltung muss jedoch auch auf interessierte Geflüchtete treffen. Daher haben sich die bereits im Projekt vorgesehenen Hospitationen vor Ort in den Dienststellen zum gegenseitigen näheren Kennenlernen und für einen tieferen Einblick in den Beruf als sehr sinnvoll erwiesen. Weitere Formate werden geprüft. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass – wie bei allen anderen Auszubildenden auch – der Erfolg der Ausbildung insbesondere auch von dem Interesse und der Begeisterung für die Inhalte und die Rahmenbedingungen des Berufes abhängt.

Die Projektbetreuer beim Personal- und Organisationsamt haben bereits auch erste Überlegungen zu einer Ausweitung des Ausbildungsangebots und zur gezielten Ansprache angestellt, um weibliche Geflüchtete für eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung zu gewinnen.

Denkbar wären hier beispielsweise die Ausbildungsberufe Gärtner*in im Bereich Zierpflanzenbau oder – in Abhängigkeit von der Sprachkompetenz - Erzieher*in beziehungsweise Jugend- und Heimerzieher*in. Hierzu haben sich die Projektbetreuer bereits mit weiteren Projektträgern und Kommunen ausgetauscht. Die weitere Umsetzungsplanung musste jedoch mangels personeller und finanzieller Ressourcen zurückgestellt werden.

Durch den Ausbau und die Weiterentwicklung des Ausbildungskonzepts kann der mit dem Projekt angestrebte gesellschaftliche Beitrag und die Integration der Geflüchteten verstärkt werden.

Die Projektverantwortlichen beim Personal- und Organisationsamt haben aus der jahrelangen Arbeit mit Geflüchteten (auch aus der vorangegangenen Tätigkeit vor Eintritt bei der Stadt) einen breitgefächerten Zugang zu unterschiedlichsten Karlsruher Institutionen und besitzen Kontakte in den verschiedensten Themengebieten. Bei angestrebter dauerhafter Etablierung des Projekts könnte aufgrund dieser Expertise und dieses Netzwerks ein besonderes Augenmerk auf die konzeptionelle Wei-

terentwicklung des Projekts gerichtet werden – und bereits bestehende Ideen wie etwa die Integration weiblicher Geflüchteter oder das Vorantreiben der interkulturellen Vernetzung von Auszubildenden mit und ohne Fluchthintergrund realisiert werden.